

Bezirksamtsvorlage Nr. 514
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 27.02.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 3212/V, Beschluss vom 16.09.2021 betrifft:

Personal für das Bezirksamt gewinnen

2. Berichtersteller/in:

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „**Personal für das Bezirksamt gewinnen**“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Bezirksbürgermeisterin beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat: nein
 - b) Frauenvertretung: nein
 - c) Schwerbehindertenvertretung: nein
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz

keine

10. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über **Personal für das Bezirksamt gewinnen**

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 16.09.2021 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 3212/V)

Das Bezirksamt wird ersucht, zu prüfen welchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die extra für die Unterstützung des BA während der Covid-19-Pandemie eingestellt wurden und sich in dieser Zeit bewährt haben, eine Festeinstellung im Bezirksamt angeboten werden kann. Diese Prüfung hat in allen Abteilungen zu erfolgen und sich nicht nur auf das Gesundheitsamt zu beschränken. Das Angebot soll vor Auslaufen der bestehenden Verträge erfolgen.

Das Bezirksamt hat am 27.02.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt ist dem Ersuchen der BVV im Jahr 2021 vollumfänglich gefolgt, ein entsprechender Schlussbericht war jedoch bisher nicht erstellt worden.

Unter Federführung des Fachbereichs Personal wurde in Zusammenarbeit im den Internen Dienst des Gesundheitsamtes zunächst festgestellt, für welche Unterstützungskräfte eine Anschlussbeschäftigung überhaupt in Betracht kommt und gewünscht ist.

Für den dann festgestellten Personenkreis erfolgte dann eine bezirkswerte Abfrage entsprechender Einsatzmöglichkeiten. Dabei ergaben sich (ungeachtet von Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten im Gesundheitsamt) entsprechende Bedarfe und Einsatzmöglichkeiten im Amt für Weiterbildung und Kultur, im Ordnungsamt, im Stadtentwicklungsamt, im Amt für Bürgerdienste, im Amt für Soziales sowie in der Serviceeinheit Facility Management.

Im Ergebnis konnte so allen geeigneten und interessierten Unterstützungskräften ein Weiterbeschäftigungsangebot unterbreitet werden.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V.m. § 36 Bezirksverwaltungsgesetz

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine, da Personalausgaben in erforderlicher Höhe entsprechend veranschlagt waren

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

im Rahmen der jeweiligen Personaleinzelmaßnahmen

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

keine

Berlin, den

Bezirksbürgermeisterin Remlinger